

Wildbader Tagblatt.

Amtsblatt für Wildbad. Tag- und Anzeigebblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 3.— vierteljährlich Mk. 8.— monatlich für ins Haus geliefert; durch die Post im In- und Auslande Mk. 9.70 mit Postzuschlag. In Fällen von höherer Ordnung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung über auf Rückzahlung des Bezugspreises. Entlassungen nehmen alle Postämter, in Wildbad außerdem die Anzeigen-Verwaltung entgegen.

Reklamepreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 25 Pfg., außerhalb des Raumes 40 Pfg., Reklamepreis 1 Mk. Bei mehreren aufeinanderfolgenden Nummern nach Vereinbarung. Bei Anzeigen für längere Zeit wird der Preis herabgesetzt. Die Anzeigen müssen spätestens am 10. Uhr des Tages vor dem Erscheinen bei der Druckerei vorliegen. Die Anzeigen werden nicht abgedruckt, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind. Die Anzeigen werden nicht abgedruckt, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind. Die Anzeigen werden nicht abgedruckt, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind.

Anzeigen-Aannahme in Wildbad: Buchhandlung J. Pausch, Wilhelmstraße 20, Fernsprecher 23.

Druck und Verlag der G. Neef'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich A. Strom in Wildbad.

Nr. 72

Wildbad, Sonntag den 28. März 1920

1. Jahrgang

Hundschau.

Reichsregierung und Nationalversammlung haben Württemberg nach einer kurzen Gastrolle wieder verlassen. Auch die Zensur wurde alsbald, nachdem die Reichsregalarien in die Reichshauptstadt zurückgekehrt waren, wieder aufgehoben. Eine kleine geschichtliche Wiederholung, die Erinnerung an das Stuttgarter Rumpfparlament vor 71 Jahren, hat sich damit vollzogen. Aber das Umherziehen ist den Herren Ebert, Bauer und Genossen nicht gut bekommen. Sie hätten noch etwas länger im Schatten und Schutze Württembergs verweilen sollen. Als sie nach Hause kamen, webte ihnen kein Frühlingslüftlein entgegen wie in Stuttgart, und sie mußten ihre Segel auf die veränderte Windrichtung einstellen. Bei uns hatte der Generalstreik nur 1 1/2 Tage gedauert und war selbst in dieser Kürze gegen den denkenden Arbeiter unvernünftig erschienen. In Berlin ist er eigentlich heute noch nicht ganz beendet. Man hat ihn zwar schon zweimal offiziell für „aus“ erklärt, aber es stellte sich jedesmal heraus, daß man noch weiter verhandeln muß. Mit den Spartakisten und Kommunisten muß nämlich verhandelt werden, obwohl man sie nach ihren Taten gewiß nicht als Hüter der Verfassung betrachtet. Was dabei herauskommt, steht zur Stunde noch nicht fest, aber daran ist nicht mehr zu zweifeln, daß die Herren der Straße und der Fabrikfalle eine Neubildung des Kabinetts erzwingen. Zuerst mußte Koste gehen, und zwar 24 Stunden, nachdem ihn Philipp Scheidemann mit der unbedorren Hand angegriffen, die sozialdemokratische Exkzitation aber ihm ein Vertrauensvotum ausgesprochen hatte. Nun scheint noch eine Anzahl sonstiger Reichsminister auf der abschüssigen Bahn des Rattierens mit dem Kommunismus nachzurutschen. Es werden schon viele neue Namen genannt, aber am Donnerstag mittag stand noch nichts endgültig fest. Auch das ganze preussische Ministerium wird von den Nachwehen des Rapp-Bußes verschlungen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien hüllen sich noch in Schweigen. Die Warnungsrufe des alten Bayer verhallen ungehört. Den Ton gibt die Frankfurter Zeitung an, und der ist auf jede Art von Kompromiß gestimmt, wenn man nur dabei bleibt und das Geschäft nicht gestört wird. Am schlimmsten ist die Lage im Westen und in Thüringen, in den hauptsächlichsten Industriebezirken, wo förmliche Schrecken geschlagen werden. Man hört bereits von Räuberbanden, ähnlich wie die Bolschewistenbanden in Rußland. An vielen Orten in Deutschland besteht bereits die Räteidiktatur, wenn auch unter anderem Namen. Rimmt die Reichsregierung die ihr gestellten Bedingungen der radikalen Elemente an, so sind auch wir von der Rätewirtschaft nicht mehr weit entfernt. Wir möchten auch hier der Reichsregierung zurufen: Weide hart und zeige Rückgrat! Geht sie, und das mit Recht, gegen die Rutschenden von rechts streng vor, dann soll sie sich bei den Umstürzern von links, die vor keinem Unterturgen, vor keiner Gewalttat zurückweichen, nicht von schwächlichen Gefühlen, am wenigsten von Nachgiebigkeit leiten lassen. Das wäre der Anfang vom Ende; denn die Regierung darf sich nicht der Hoffnung hingeben, als ob die Umstürzler von links sich mit den leider schon gegebenen Zugeständnissen begnügen werden. Es steht besonders schlimm im rheinischen Industriegebiet aus. Der Deutsche, ob nun Bürgerlicher oder Proletarier, hat sich von jeder den Einflüssen des Auslandes, fremder Sitten, Art und Wesen mehr zugänglich erwiesen als den wohlmeinenden Stimmen deutscher Stammesbrüder, den falschen Propheten des Auslandes ein leider nur zu williges Ohr geschenkt. So auch jetzt wieder. Schon seit einiger Zeit hört man, daß russische Verführer die bolschewistische Saat auszustreuen bemüht sind; jetzt steht fest, daß sie, und das leider mit Erfolg, besonders in den Kreisen der Arbeiterschaft des rheinischen Industriegebietes ihr staats- und volksverderbliches Wesen treiben. Auch hier ist für die Regierung rücksichtsloses Zugreifen Pflicht. Hinaus mit diesen russischen Volksverführern, wir bauen uns den neuen Staat aus unserer eigenen Kraft und brauchen dazu nicht diese russischen Volksbeglucker, die nur am Bestören ihre Freude haben.

Bei uns zulande aber herrscht Ruhe. Unser Landtag arbeitet unter völlig normalen Verhältnissen, während die für Donnerstag angesetzte erste Sitzung der Nationalversammlung in Berlin wieder abgefaßt werden mußte. Zwar hat es auch bei uns Arbeitergruppen gegeben, die nach der Bewaffnung des Proletariats schrien und nicht abgelenkt waren, einen roten Krieg zu entfachen, ähnlich wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Mitteldeutschland; aber sie blieben in der Minderheit gegen die besonnene Arbeiterschaft und fanden vollends bei der Regierung keine Gegenliebe. In Württemberg wenigstens scheint man heute noch entschlossen zu sein, die reine Arbeiterregierung abzulehnen und an der Koalitionsregierung festzuhalten. Wir erleben unsere Steuern über den 1. April hinaus fort, sind im Begriff Sonntagstage wieder einzuführen, haben noch leidlich, wenn auch knappe Lebensmittel und erfreuen uns trotz des Ueberwüchens von Aemtern und Beamten noch leidlich geordneter Finanzen, die sich für das ablaufende Jahr immerhin um 35 Millionen weniger ungünstig gestalten, als man befürchtet hatte.

Die linksradikale Bewegung hat im Ausland weit größeres Aufsehen erregt und viel schlimmer gewirkt als der Rappische Buß. Letztere Belastungsproben ebat die deutsche Demokratie ansehend leicht bestanden, daß sie aber gegenüber den Kommunisten vollständig versagt, hat ihr im Ausland schwer geschadet. In Wien haben der Adler und der Friedländer als geborene Vertreter des Deutschtums und ersterer als der heute noch unbedrängte Mörder des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh sich natürlich mit unserem Linksradikalismus solidarisiert erklärt. Aber in Paris ruzelt man die Seiten und schickt sich an, die Gelegenheit zur Befestigung des Ruhrreviers zu benutzen. Ententeuppen wären freilich der beste Schutz gegen den deutschen Bolschewismus, aber darauf wollen wir lieber verzichten. England ist die Spitz und zu sehr mit ihrem türkischen Abenteuer in Konstantinopel beschäftigt, wo die britische Flotte am Goldenen Horn gebot wurde. Besonders interessant ist die Haltung der Vereinigten Staaten; der Senat in Washington hat den Friedensvertrag von Versailles abgelehnt. Man berät nun über einen Sonderfrieden mit Deutschland. Amerika ratifiziert nicht! Wiederum werden wir darauf

hingewiesen, daß unser ganzes künftiges Schicksal mit dieser Tatsache zusammenhängt.

Deutschland.

Berlin, 25. März. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist der Reichspostminister Giesbers aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt und hat dem Reichsanwalt Bauer heute mittag eingehend über die dortigen Verhandlungen berichtet. — Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht die Meldung, daß Ministerpräsident Brüch die Demission des preussischen Kabinetts überreicht habe, nicht den Tatsachen. — Die Kosten für die Befestigungsarbeiten betragen laut „Intransigent“ im Rheinland und in den der Volksabstimmung unterworfenen Gebieten für 1920 etwa 700 Millionen Franken. Davon entfallen auf die Befestigung der Rheinlande 568 Millionen Franken. — Wie die Blätter aus Neuweibep melden, ist der deutsche Mineninspizor „L. B. 18“ dort von einem niederländischen Torpedoboot eingebracht und vorläufig interniert worden.

Kommunistische Selbstberichterstattung.

Essen, 26. März. In Essen hat der Volksrat einen Antrag eingebracht, wonach die Unternehmer den ehemaligen politischen Gefangenen einen Monatslohn zu zahlen haben. Ein weiterer Beschluß verfügt die Beschlagnahme von Dampfmaschinen in den bürgerlichen Kreisen.

Mit den Erfolgen der Roten Armee häufen sich auch sonstige Uebergriffe der Volksräte und Aktionsausschüsse in die staatliche und kommunale Verwaltung. So hat der Aktionsausschuss in Wülheim an der Ruhr den dortigen Bürgermeister seines Amtes entbunden. Das gleiche Schicksal traf den Direktor der Wülheimer Straßenbahn, weil er sich weigerte, einen Beschluß des Personals anzunehmen, nach dem künftig die Einnahmen der Straßenbahn unter die Angestellten verteilt werden sollen. (Auch das Defizit? Schriftl.)

Essen, 26. März. Gestern nachmittag fand in Essen eine Versammlung sämtlicher Betriebsräte des Ruhrgebietes statt, um zu den einzelnen Punkten des Viesfelder Abkommens endgültig Stellung zu nehmen. Von dem Ergebnis dieser Beratungen wird die Gestaltung der Situation im Ruhrgebiet in erster Linie abhängen. In Essen selbst herrscht völlige Ruhe, ebenso herrscht in und um Wesel seit gestern völlige Waffenruhe. Beide Parteien sind in den gehaltenen Stellungen stehen geblieben.

Köln, 26. März. In der Umgebung von Wesel sind viele Personen in den Dörfern getötet worden, auch Krankenhäuser sind durch explodierte Granaten beschädigt worden. Die Arbeitertruppen wollen nicht eher die Feindseligkeiten einstellen, bis sich die gesamte Befestigung von Wesel ergeben hat.

Die „Rote Armee“.

Ueber die Rote Armee im Industriegebiet erhält die „Frankfurter Zeitung“ von ihrem dortigen entsandten Sonderberichterstatter folgende Schilderung: Das Viesfelder Abkommen blieb bisher ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse. Die Arbeiterschaft, welche die Waffen in der Hand hat, kümmert sich nicht um den Viesfelder Waffenstillstand, obgleich daran auch Vertreter der U. S. R. und der Kommunisten mitgewirkt haben. Die „Rote Armee“ setzt trotz des Waffenstillstandes den Kampf fort. Die Erfolge bei Wesel haben die Waffe siegestrunken gemacht. Uebrigens bestätigt sich nicht die von der revolutionären Obersten Kampfleitung verbreitete Meldung, daß Wesel bereits in den Händen der „Roten Armee“ sei. Wesel ist nach wie vor in Händen der Regierungstruppen, doch ist es der Roten Armee gelungen, ihre Stellung südlich und östlich bis nahe an die Stadt heranzubringen. Die Fällung der Roten Armee liegt seit gestern ausschließlich in der Hand des Roten Soldatenbundes, der bereits offen der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Siege der Armee das Signal zu einer bewaffneten Erhebung der gesamten revolutionären Arbeiterschaft im ganzen Reich sein werden. Damit ist die Bewegung ins rein kommunistische Fahrwasser gealitten, und es ist zu hoffen, daß, wenn diese Tatsache erst der gesamten Arbeiterschaft mit voller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht wird, woran es bisher die mehrheitssozialistischen Führer leider haben fehlen lassen, daß das wahrhaftige Unternehmen rasch von innen heraus zusammenbrechen wird. Das Groß der „Roten Armee“ bilden Jugendliche, die durch die Lust am Abenteuer oder durch hohe Löhne angelockt wurden. Den Rest bildet die Gefolgschaft der Kommunisten und Unabhängigen, aber auch unter ihnen überwiegen die Altersklasse zwischen achtzehn und zweiundzwanzig Jahren. Während die Zahl der Roten Armee bis jetzt von der Kampfleitung selber auf 50—60 000 Mann geschätzt wurde, spricht man neuerdings bereits von mehr als 100 000. Das mag übertrieben sein, Tatsache ist aber, daß die Roten Truppen noch immer Zugang aus dem ganzen Ruhrgebiet erhalten. Ihre Bewaffnung ist gut. Sie verfügt über eine Unmenge Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer und zahlreiche Geschütze verschiedener Kaliber, von der Revolverkanone bis zum fünfzehn-Zentimeter-Geschütz. Organisation und Führung sind überraschend gut. Vor Wesel hat sich ein regelrechter Schützengrabenkrieg entwickelt, der nach allen Regeln moderner Taktik geführt wird. Selbst von der Gegenseite wird den ausgezeichneten Leistungen, insbesondere der präzisen Feuerleitung der Roten Armee, Anerkennung gezollt. Ihre Artillerie ist geschickt postiert u. schießt erstaunlich präzise. Auch die Infanterie der Roten Armee schießt vorzüglich und kämpft mit bewundernswertem Mut und großer Hartnäckigkeit. Ihre Verluste sind dementsprechend hoch. Anerkennung verdient besonders die Tätigkeit der Arbeiter-Samaritaner-Gilde, deren Helfer und Helferinnen in der vordersten Feuerlinie tätig sind. Auch sie haben bereits Tote und Verwundete zu befragen. Die Führung der Roten Armee liegt zum größten Teil in den Händen ehemaliger Unteroffiziere, Feldwebel und Offizierskandidaten. Auch einzelne Offiziere befinden sich in den höheren Stäben. Davon zeugt die überraschend geschickte militärische Leitung der Kämpfe.

Ausland.

Rom, 25. März. Die französischen Gelüste nach einem Einmarsch in Deutschland stoßen bei Italien auf entschiedene Abneigung. Italien will einen Frieden der Versöhnung und des

Wiederaufbaus. Das betonte Ministerpräsident Ritti vor einigen Tagen in einer großen Rede über die auswärtige Lage Italiens.

Paris, 25. März. Wie die Abendblätter melden, wird demnächst eine deutsch-französische Kommission zusammensetzen, um über ein Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland zu verhandeln. Deutschland wird durch Ministerialdirektor Goepfert, dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation und dem Gen. Rat v. Besuire vom Reichswirtschaftsministerium vertreten sein.

Paris, 25. März. Wie aus amerikanischer und englischer Quelle gemeldet wird, haben die Alliierten beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, 100 000 Mann nach dem Ruhrgebiet zu entsenden, die, wenn sie nicht genügen sollten, um die Ruhe wieder herzustellen, durch 80 000 Mann belgischer, französischer und englischer Truppen (???) verstärkt werden sollen.

Paris, 25. März. Nach einer Sabotagemeldung aus Belgrad ist das Dekret der allgemeinen Mobilisierung gestern abend unterzeichnet worden.

London, 25. März. Die „Daily Mail“ meldet aus Berlin, sie habe aus autorisierter Quelle erfahren, daß General Ludendorff nach Dänemark entflohen sei, um seiner Verhaftung zu entgehen. Da gar kein Dastbefehl gegen Ludendorff besteht, ist die Meldung sehr zweifelhaft.

London, 25. März. Reichsanwalt Bauer und Vizkanzler Schäfer erklärten einem Spezialkorrespondenten der „Morning Post“, daß mit Sicherheit der Volksbeweis aus Ruder gelange, wenn die Alliierten keine Konzeption bezüglich der Truppenbestände Deutschlands machen würden. Der Korrespondent rechnet mit einer Sowjet Herrschaft in Berlin.

Washington, 25. März. Die Vereinigten Staaten haben der deutschen Regierung ihre Sympathie im Kampf gegen Reaktion und Anarchismus ausgedrückt.

Holland trifft Vorsichtsmaßnahmen gegen die bolschewistische Seuche.

Amsterdam, 24. März. „Telegraaf“ zufolge hat die niederländische Regierung infolge der Ereignisse in Deutschland ausgedehnte Maßregeln ergriffen, sowohl um im Innern des Landes die Ruhe aufrecht zu erhalten, als auch um etwaige Streifzüge roter deutscher Truppenabteilungen zur Aufrechterhaltung von Lebensmitteln in die Niederlande abzuwehren. Es ist den niederländischen Behörden bekannt, daß zwischen sozialistischen Führern im westfälischen Industriegebiet und niederländischen Kommunisten Fühlung besteht.

Englisch-französische Verhandlungen über die deutsche Handelsflotte.

London, 26. März. Die zwischen der englischen Regierung und dem Vertreter der französischen Regierung, dem Unterstaatssekretär für die Handelsmarine, Bignon, schwebenden Verhandlungen werden von englischer Seite in verhältnismäßigem Geiste geführt. England hat bereits einige der französischen Vorschläge angenommen, insbesondere hinsichtlich der Uebertragung der von Frankreich verlangten 240 000 Tonnen aus dem Bestand der deutschen Handelsflotte, deren Verwaltung Frankreich feinerzeit übertragen wurde. Eine Einigung scheint auch zustande zu kommen über die Frage der in brasilianischen Hafen beschlagnahmten feindlichen Schiffe.

Französischer Kassenhammer.

In der französischen Deputiertenkammer besprach Barthou die Nichtratifizierung durch Amerika und sagte, es sei auch keine Hoffnung, daß Amerika schließlich doch noch ratifizieren werde. Vor allem aber sei es bedauerlich, daß es dem Völkerbund, der ein Instrument des Friedens und des Fortschritts sei, nicht angehöre. Barthou wunderte sich, daß Lord Robert Cecil von dem Vorteil Englands in Afrika abgedröhen habe. England habe auch in Europa seine Sicherheit erhalten durch die Herdröng der deutschen Flotte, während Frankreich noch nicht einmal wisse, warum die deutsche Armee entlassen worden sei. Man habe die deutsche Armee als eine siegreiche Armee nach Deutschland zurückkehren lassen. Barthou beklagte sich auch darüber, daß die allgemeine Dienstpflicht in England verschwunden sei. Auf England rübe die Last nicht mehr, einen Teil der Jugend unter Waffen zu halten. Mit Schärfe wandte sich Barthou gegen die Versuche, den Art. 6 adnotiert zu revidieren. Diese Revision werde doch nur gemacht werden auf Kosten von Frankreich und zum Nutzen von Deutschland. Der Redner ging alsdann dazu über, die russische Frage zu besprechen. Er sagte, man solle sich in acht nehmen, daß man angefaßt der Haltung von Ritti und der Tatsache, daß Lloyd George die italienische Politik ermutige, nicht in Russland zu spät komme. Schließlich erklärte Barthou, Amerika habe im Kriege 51 000 Soldaten verloren, das bedeute einen Mann auf 2000 Einwohner, Italien 465 000 Mann, gleich einen Mann auf 79 Einwohner, England 835 000 Mann, also einen Mann auf 56 Einwohner, Frankreich angeblich 1 500 000 Mann, was aber in Wirklichkeit hinter der Wahrheit zurückbleibe, also einen Mann auf 28 Einwohner. Diese Toten, diese Ruinen, seien die Zeugen Frankreichs.

Phantastische Rheinbändler.

Paris, 25. März. Der „Clair“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der Rheinischen republikanischen Volkspartei, der u. a. sagte: Dorten arbeitet an der Bildung eines großen Staates, der Bayern, Württemberg, Baden, Rheinhesen und die übrigen Rheinlande umfaßt und an dessen Spitze der vormalige König von Bayern treten soll. Die Rheinische republikanische Volkspartei verfolgt jedoch das Ziel, eine vollständig von Preußen und Deutschland getrennte Rheinische Republik zu gründen. Wir haben Anhänger in Trier, in der Pfalz und sogar in Frankfurt. Wenn wir heute die Republik proklamieren, so werden 70 Prozent der rheinischen Bevölkerung hinter uns stehen. Sagen Sie in Frankreich, daß wir einen freien und unabhängigen Rheinischen Staat, der ein Freund Frankreichs ist, bilden wollen. Frankreich werden wir die Nachrichten liefern, wofür es unsere demokratischen Bestrebungen unterstützen kann.



Churchills Meinung über Deutschland.

Wie die englischen Blätter melden, erklärte Churchill im Unterhaus unter Beifall, früher sei es die Stärke Deutschlands gewesen, die eine Gefahr für Europa gebildet habe, seit 1870...

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken (21. März 1920.)

Furchtlos in Sturm und Nacht

Gottes verborgene Wege ziehen sich ungesehen durch die Welt wie das Gold und die Erzader durchs Gebirg. Oben...

Ob er sich nun also stellt, als habe er uns nicht, so sollen doch wir uns helfen, daß wir ihn sehen, und ihn dafür halten, daß er das Meer könne stille machen, wenn es noch so sehr tobt...

Die Rechte streckt ich schmerzlich in Armenenächten, und fühl' gedrückt sie nachts von einer Rechten. Das Gott ist, wird in Ewigkeit kein Mensch ergründen, doch will er treu sich allezeit mit uns verbinden.

G. A. Meier.

Durch Entlassung des Herrn Staatspräsidenten ist die Obersekretärstelle beim Oberamt Rarbach der beim Oberamt Eßlingen planmäßige Obersekretär Braun beim Oberamt Neuenbürg auf Ansuchen veretzt worden.

Calmbach, 20. März. (Auch der Nachtopf nicht mehr fügen.) In einem gestern lebhaft besuchten Geschäftsbaue wurde der Frau ein emittierter Nachtopf aus dem Abort gestohlen. (An. Schriftl.)

Derrenalb, 20. März. Am letzten Sonntag fand hier das erste Fußballspiel des neugegründeten Sportvereins Derrenalb gegen den Turn- und Sportverein Langensteinbach statt. Langensteinbach konnte infolge besseren Zusammenspiels und längerer Ausdauer mit 3:5 Toren gewinnen, nachdem Derrenalb eine zeitlang mit 3:2 geführt hatte. Leider ist der Spielplatz ungenügend, es wäre daher sehr angebracht, daß die Gemeinde im Interesse des Sports dem jungen Verein ein geeignetes Spielfeld überlassen würde.

Mitteilungen.

Stuttgart, 20. März. (Die neuen Schulpreise.) Die veranlagten Schulpreise der Stadt Stuttgart-Gannstadt geben bekannt, daß sie infolge des Ueberanschlags künftig folgende Preise betragen: Herrenboxstiefel 670-715 Mark, Damenstiefel 565-633 Mark, Herrenoberbekleidung 740-790 Mark, Damenstiefel 660-710 Mark, Herrenschuhe 55-60 Mark. (Da bleibt als Gegenmittel nur noch das Verzapfen. Schriftl.)

Tübingen, 20. März. (Die belgischen Damsker.) In den letzten Tagen erschien in der württembergischen Presse eine Notiz, in der davon die Rede war, daß ein belgischer Offizier in der Umgebung von Tübingen Lebensmittel gehandelt habe. Nach einer Mitteilung des verbandsmäßigen Ueberwachungsanschlusses handelt es sich um belgische Soldaten, die ohne Ermächtigung ihrer Vorgesetzten die erwähnte Fahrt zum Damsker von Fleisch unternommen hatten. Die Damsker sind von ihrer vorgelegten Behörde exemplarisch bestraft worden. Ein Offizier nahm an dieser Fahrt nicht teil.

Baden.

Karlsruhe, 20. März. Die badische und die württembergische Eisenbahnverwaltung haben vereinbart, den neuen Eisenbahnfahrplan seit am 1. April erst am Tage nach Ostern, Dienstag, den 6. April, in Kraft zu setzen. An diesem Tage wird dann auch hier die Sommerarbeitszeit um 7 Uhr beginnen.

Freiburg, 20. März. Der Bürgerausschuß nahm eine Vorlage des Stadtrates auf Erhebung einer Fremdensteuer (Kursteuer) an.

Singen, 20. März. Fünf Burken von Randen wurden durch Grenzauflieger festgenommen und in das Amtsgefängnis Singen eingeliefert. Sie hatten versucht, Eier in die Schweiz zu schmuggeln, wo man ihnen für das Stück 8 bis 10 Mark bezahlt hätte.

Staufen, 20. März. Eine kleine Schulpflichtrevolution will in Unterkünstleral ausbrechen. Die Schüler der dortigen Schule richteten nämlich an die Ortschulbehörde ein Schreiben, in dem sie sich gegen die Verletzung des Lehrers Hochstetler ausbreiten. Sie erheben gegen diese Verletzung Protest und erklären, nach § 19 der Verfassung hätten sie das Recht ihre Lehrer selbst zu bestimmen. Wenn man den Wünschen der Schüler nicht Rechnung trage, erklären die Schüler der 7. und 8. Schuljahrs beim Eintreten eines anderen Lehrers in den Generalstreik eintreten zu wollen. (Auch ein Zeichen der Zeit!)

Vermischtes.

Süße Fragen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Ernährungswirtschaft konnte auch für das Wirtschaftsjahr 1920 auf die öffentliche Bewirtschaftung der Marmelade nicht verzichtet werden. Bei der bestehenden Fettnot wird die Nachfrage nach zuderhaltigen Brotzusatzmitteln ohne Zweifel auch weiterhin sehr groß sein. Es wird daher auch im neuen Wirtschaftsjahr unter der Aufsicht der Preisgesellschaft für Obstkonerven und Marmeladen und der Reichsstelle für Gemüse und Obst Marmelade hergestellt und in Württemberg durch Vermittlung der Landesversorgungsstelle und der Kommunalverbände an die Verbraucher abgegeben. Streckungsmittel werden bei der Herstellung von Marmelade nicht mehr verwendet. Das zur Verteilung gelangende Erzeugnis wird vielmehr als reine Obstmarmelade aus 50 Prozent Zucker und 50 Prozent Obst ohne jede weitere Zutat bestehen. Infolge der Auskultung der billigen Streckungsmittel stellt sich die neue Marmeladepreis höher als bisher. Eine weitere Ursache für die Preissteigerung liegt insbesondere darin, daß wegen der Zuckernot für die Marmeladenherstellung zum großen Teil Auslandszucker verwendet werden muß, für den bei dem ungünstigen Stand unserer Valuta außerordentlich hohe Preise zu bezahlen sind. Die Preise für Auslands- und Inlandszucker wurden bei der Kalkulation des Marmeladepreises ineinander gerechnet. So wird es möglich, die Inlandsmarmelade wesentlich billiger abzugeben als Auslandsmarmelade, deren Preis zurzeit ungefähr das Doppelte des Preises der neuen Inlandsmarmelade beträgt.

Brauchen wir die Presse? Treffliche Worte zur Not der Presse findet der „Evang. Pressebericht“. Unter der Fragestellung: „Brauchen wir die Presse?“ heißt es da u. a.: „In den nachdrücklichsten Lehren, die der Weltkrieg uns hinterlassen hat, gehört die Erkenntnis davon, was uns Deutschen der Mangel einer großzügigen Pressepolitik in den dem Krieg vorausgehenden Jahren an Schaden gebracht hat. Was wir beim Ausbruch unseres Auslandsnachrichtendienstes an Millionen gespart haben, das müssen wir jetzt in Milliarden bezahlen. Und was von der Abwehr nach außen, das gilt vom Aufbau im Innern. Wir sagen kein Wort von dem kulturfördernden Dienst, den uns die Zeitung leistet; es könnte sein, daß wir darauf ebenso lernen müßten zu verzichten, wie wir uns noch manches jetzt für unentbehrlich gehaltenen Kulturgutes werden entwöhnen müssen. Schiedsgerichts nicht ausdenkbar aber wäre es, wie wir

des aufflarenden, beratenden, wegweisenden Wortes der Zeitung sollten entraten können unter den jetzt täglich sich vergrößernden Verwicklungen einer wirtschaftlich und politisch immer undurchsichtiger werdenden Zeit. Unter solchen Umständen wäre es eine nicht wieder gutzumachende Kurzsichtigkeit, wenn unsere Regierung in der jetzt gebotenen, aber gewiß an keinem Punkte über angebrachten Sparsamkeit sich einer Hilfe begeben wollte, deren sie gerade jetzt am allerdringendsten bedarf. Auch von der deutschen Presse muß es gelten, was von der deutschen Nation gilt: Sie darf nicht untergeben!

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 20. März. Die Mitglieder der Zentrumsfaktion haben folgende Anfrage an das Arbeitsministerium gerichtet: Nach eingegangenen Mitteilungen gibt es Bezirke im Lande, in denen über die Hälfte der Schmiedebetriebe infolge Rohlenmangels still liegen, so daß weder die Gepanztier- beschlägen, noch die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte rechtzeitig in Stand gesetzt werden können. Ist das Arbeitsministerium bereit, hier beschleunigte Vorkehrungen durch dringende Zuteilung von Rohlen zu treffen, um die schwer zu beschaffende Rohlenbeschaffung sicherzustellen?

Stuttgart, 20. März. Mitglieder sämtlicher Parteien haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag solle beschließen: das Staatsministerium zu ersuchen, daß dem Südwestdeutschen Kanalverein zur Deckung seiner Auslagen und zur Ermöglichung weiterer Förderung seiner Werbe- und Aufklärungsstätigkeit ein erstmaliger Beitrag von 200 000 Mark aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt wird.

Stuttgart, 20. März. Die württembergische Regierung stellt gegenüber den Behauptungen der Unabhängigen fest, daß sie keinerlei Einfluß auf die militärischen Maßnahmen der Reichsregierung hat. Das Wehrkreis-Kommando teilt mit, daß ein Befehl zum Abtransport der Wehrfreiwilligen nicht vorliegt.

Stuttgart, 20. März. Am Samstag und Sonntag hält die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Württembergs hier ihre Landeskonferenz ab. Im „Sozialdemokrat“ erhebt sie folgende Forderungen: 1. Sofortige Einstellung der Mobilisation, 2. Zurückziehung aller württembergischen Truppen aus Norddeutschland, 3. Demobilisation aller eingezogenen Zivilisten, 4. Auflösung und Entwaffnung aller Einwohner-, Studenten- und Reichswehren, 5. Organisation von Arbeiterwehren, 6. Aufhebung aller Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, 7. vollkommene Pressefreiheit und Beseitigung der Zensur, 8. Entlassung aller politisch Inhaftierten.

Unterriethheim, 20. März. Die Betriebsratswahl bei den Daimlerwerken ergab für den Wahlvorschlager der Kommunistischen Partei 1573 Stimmen mit 5 Betriebsräten, für den der Mehrheitssozialdemokratie 1341 Stimmen mit 4 Betriebsräten, für den der Christlichen Gewerkschaften 213 Stimmen mit 1 Arbeiterrat, für den der Arbeiterpartei der U. S. P. 345 Stimmen mit 10 Betriebsräten und 2 Arbeiterräten. Das ist ein starker Hund nach links bei den Arbeitern, der übrigens auch bei den Wahlen der Angelersten zutage trat.

Karlsruhe, 20. März. Der Landtag nahm heute vor Eintritt in die Diskussion die verfassungsmäßige Wahl des Staatspräsidenten vor. Es wurden einstimmig der bisherige Staatspräsident Geiß und als sein Stellvertreter Justizminister Truntz gewählt.

Berlin, 20. März. Eine Reihe von Organisationen, darunter der Danabund, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Bund der Handwerker, der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, das Kartell der freien technischen Berufe, der Bund der Landwirte usw. haben dem Reichspräsidenten eine Kundgebung überreicht, in der sie u. a. Gleichstellung mit den Gewerkschaften, Beamten und Angehörten, sowie die Ablehnung jeder Maßnahme fordern, die auf die Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinzielt.

Berlin, 20. März. In einer Versammlung von etwa 1000 Betriebsräten der U. S. P. D. und der K. P. D. in Berlin wurde eine Entschließung angenommen, in der das Proletariat aufgefordert wird, sich für eine neue Kraftanstrengung bereit zu machen und der Aktionsausschuß beauftragt wird, sofort alle Maßnahmen für einen Generalstreik zu treffen. — Der „Vorwärts“ beginnt mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln, in denen der bisherige Reichswehrminister Köstke seine Politik verteidigt. — Der Führer der Sturmkompanie Flugdarlung, der Hauptmann v. Pflug-Sturung, ist durch eine Handgranatenerplosion getötet worden. — General Wärfel hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. — In Glatz hat die Garnison die Kommandantur mit Maschinengewehren und Minenwerfern umstellt und die Offiziere verhaftet. Bei der Verhaftung erschloß sich ein Hauptmann. — Die Kopenhagener „Idende“ will erfahren haben, daß Rapp und Herr von Falkenhausen am Dienstag früh auf englischem Boden eingetroffen sind. (?)

Kopenhagen, 20. März. Die bolschewistische Armee hat auf 400 Meilen Ausdehnung gegen die polnische Grenze an verschiedenen Punkten Angriffe unternommen, offenbar zur Einleitung der Frühjahrsoffensive.

Warschau, 20. März. Ein aus Sowjetrußland kommendes Flugzeug geriet in die Gewalt der litauischen Militärbehörde, die die Passagiere gefangen setzte. Unter den Passagieren befindet sich auch der bekannte schweizerische Kommunist Platten, der einer der Urheber des im November 1918 in der Schweiz entsefelten revolutionären Generalstreiks war.

Paris, 20. März. Durch geheimes Schreiben hat das Kriegsministerium letzter Tage Reiseroffiziere wieder zu ihren Regimenten einberufen. Es handelt sich hier um fülle Mobilisation, die mit den Zuständen in Deutschland zusammenhängt, damit außer den bereits nach dem belegten Gebiet gesandten Truppen noch eine Reiserarmee bereit verfügbar ist, falls sie in Deutschland oder Frankreich gebraucht wird.

London, 20. März. Bonar Law teilte im Unterhaus mit, daß der Amtsrichter von Dublin heute Morgen von vier Männern aus der Straßenbahn geholt und auf offener Straße erschossen wurde.

Rotterdam, 20. März. Ein „Times“-Telegramm vom 24. d. Mts. befragt aus Kopenhagen, daß ein Moskauer Kundfurd von letzten Samstag lautet: Der große Sowjet in Moskau hat mit allen gegen 7 Stimmen 48 Millionen Rubel bewilligt, für finanzielle Unterstützung der deutschen Sowjetbewegung.

Beirut, 20. März. Der Emir Feisal hat den Franzosen befohlen, Syrien bis zum 6. April zu verlassen, den Abzug der Engländer aus Ägypten verlangen die Araber.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 20. März. Der Landtag erledigte in einer mehr als vierstündigen Sitzung eine überaus umfangreiche Tagesordnung. Den Nachtragsforderungen zum Anlauf eines Anwehens in Stuttgart für Kanalisierung und zur Beteiligung der Finanzverwaltung an der Korberei Schwaben wurde ohne wesentliche Erörterung zugestimmt. In einer eingehenden Aussprache kam es bei der 10 Millionen-Forderung zur Beteiligung des Staates an der Verwertung des bituminösen Schiefers. Die Bürgerpartei hatte beantragt, die Forderung von 10 auf drei Millionen herabzusetzen und unter Einführung einer Lizenzgebühr die Verfertigung des Kunststeins den unbeschäftigten Zementfabriken und Ziegeleien zu überlassen. Die Redner aller übrigen Parteien stellten sich aber auf den Boden der Regierungsvorlage und lehnten die Anträge der Bürgerpartei ab. Der Vorschlag des Beamtenvereins, wonach die seit November 1918 in den Ruhestand getretenen 65 Jahre alten Beamten die Dienstbezüge nach den neuen Bestimmungen erhalten sollen, wurde von allen Parteien zugestimmt. Auch das Maulwurfsgeleß fand einstimmige Annahme, nachdem ein Änderungsantrag, wonach die Erlaubnis zum Fangen und Töten des Maulwurfs von der Gemeindebehörde erteilt wird, allgemeine

Zustimmung gefunden hatte. Die Anfrage des Abg. Scheef über das Verschwinden der Kupfermünzen aus dem Zahlungsvorkehr beantwortete der Finanzminister recht unerbietig. Kleingeldmünzen können nicht beschafft werden, so müsse sich die Bevölkerung mit dem betrieblenden Zustand eben abfinden. Zum Schluß wurden noch die Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zu verschiedenen Eisenbahneingaben behandelt. Die Abteilungen Mengen-Strach-Wilhelmsdorf-Friedrichshafen und die Bahnstrecke Blaufelden-Neuburg wurden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Schluß 11 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Samstag vormittag 9 Uhr, mit der Tagesordnung: Staatsverträge zum Uebergang der Eisenbahn und der Post an das Reich, Aufhebung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, drei Nachtragsforderungen.

Das Reichskabinett zurückgetreten.

Berlin, 20. März. Das Gesamtkabinett ist zurückgetreten. Die für heute nachmittag angeordnete Sitzung der Rationalversammlung ist abgefallen. (Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Nummer. Schriftl.)

Berlin, 20. März. Der Reichspräsident hat den bisherigen Minister des Reichens Hermann Müller zum Reichskanzler ernannt und ihn mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Der Reichspräsident hat bis zur Neubildung des Kabinetts das alte Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Berlin, 20. März. Die Krisis Schiffer hat sich zu einer Katastrophe ausgewachsen. Die Haltung der Gewerkschaften gegen das Verbleiben des Vizelandes Schiffer im Reichskabinett ist aufrecht erhalten worden und die sozialdemokratische Fraktion glaubt, sich dem nicht widersetzen zu können. Die Demokratie ihrerseits bestand darauf, daß die Einmischung anderer Fraktionen in ihre Angelegenheiten nicht zulässig sei. Der Zwiespalt verhärtete sich in den Vormittagsstunden in einem Maße, daß der Reichskanzler sich entschloß, dem Reichspräsidenten die Demission des gesamten Kabinetts zu unterbreiten. Der Reichspräsident nahm die Demission an. Die Frage Schiffer ist somit zu einer Kabinettsfrage geworden. Von sozialdemokratischer Seite soll nunmehr der Vorschlag gemacht werden, bei der Neubildung mehr Arbeitervertreter als bisher hinzuzusetzen. In der Fraktionsführung der deutsch-demokratischen Fraktion der Rationalversammlung hat Exz. v. Bayer dem aus dem Ministerium auscheidenden Schiffer den Dank der Fraktion für seine Haltung während der Wirren in Berlin ausgesprochen.

Berlin, 20. März. Die Verhandlungen zwischen den drei Mehrheitsparteien der Rationalversammlung sollen so weit gekommen sein, daß man in parlamentarischen Kreisen mit der Erneuerung eines neuen Koalitionskabinetts im Laufe des heutigen Tages rechnet.

Nach dem „Vorwärts“ dürfte das Reichskabinett folgende Zusammensetzung aufweisen: Reichskanzler: Müller; Meuser; Landesberg oder ein Demokrat; Finanzen: Cuno; Schap; Bruch; Justiz: Haas; Inneres: Koch; Reichswehr: Geßler; Wirtschaft: Bauer; Ernährung: das Zentrumsmittglied Derrmeo; Arbeit: Schmidt; Eisenbahnen: Bell; Post: Giesberts; ohne Portfeuille: David.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hat gestern nachmittag auch das preussische Kabinett in seiner Gesamtheit demissioniert. Die Neubildung dürfte der Sozialist Geßler übernehmen.

Aus dem Aufstandsgebiet im Ruhrrevier.

Die Berliner Morgenblätter melden, wurden ungefähr 30 Mann roter Truppen in Lager Dillmen angegriffen und zurückgeworfen. Die roten Truppen hatten schwere Verluste. Berichte aus dem Kampfgebiet bestätigen, daß der Kern der Roten Armee aus Ausländern besteht. Auch deutsche Offiziere haben sich an ihre Spitze gestellt. So nennt der „Münsterische Anzeiger“ den Hauptmann v. Beerfeldt und den Hauptmann Voelcke, einen Bruder des berühmten Kampfliegers.

Die Gewerkschaftskommission hat gestern Abend eine Deputation zum Reichspräsidenten und eine andere zum preussischen Staatsministerium geschickt, um wegen der unhaltbaren Zustände im Ruhrrevier vorstellig zu werden.

In Reuß, Kaiserwerth und Greifeld haben die Arbeiterorganisationen am Donnerstag den Anschluß an die Ruhrrepublik ausgerufen. Starke englische Truppenabteilungen haben die genannten Städte besetzt.

In einer Konferenz der drei sozialistischen Parteien in Dagen wurde einstimmig beschlossen, Abgesandte nach Weisel zu schicken und den Abbruch der Kampfhandlung zu veranlassen. Die Front löst sich bereits langsam auf.

Die holländische Grenze bei Nymwegen ist in der Nacht vom Donnerstag von holländischem Militär gesperrt worden. An der Bahn Denloo-Nymwegen und am Maasfluß ist holländische Artillerie aufgeföhren.

Der Hunger gegen den Aufstand an der Ruhr.

Köln, 20. März. Die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets steht unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die Bevölkerung der Städte insgesamt vier Millionen Menschen, und die Rote Armee zehren an den letzten Vorräten, so daß auch das, was bisher als eiserner Bestand betrachtet wurde, zu Ende geht. Die holländische Regierung lehnt fortgesetzt ab, irgend eine Räte-Diktatur Lebensmittel zu liefern und hat ihren ablehnenden Standpunkt auch gegenüber denjenigen holländischen Kaufleuten durchgehalten, welche die Wiederaufnahme der Beziehungen und die Ausführung der bereits getroffenen, aber infolge des Verbots der Regierung nicht zur Ausführung gelangten Aufträge wünschten. Außer in Weisel, das von zwei Seiten eingeschlossen ist, sind auch an anderen Stellen der Kampffront wieder Kampfhandlungen im Gange. Gefangene Sanitätsmännern der Roten Garde erzählen, daß diese ungeheuren Terror ausüben und zur Aufrechterhaltung der Disziplin alle Widerpenstigen erschließen. Die Regierungstruppen geben zurück, während die Rote Garde zu gerödeln beginnt.

Die Reichsregierung an die Bevölkerung Rheinlands und Westfalens.

Berlin, 20. März. Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Der Anschlag der Reaktion ist zurückgewiesen. Jetzt müssen, wollen wir nicht ganz verelenden, Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Stand zurückgeführt werden. Die jetzt noch im Westen befindlichen Truppen und deren Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Um weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern, haben zwei Minister an den Verhandlungen in Bielefeld mit Vertretern aller Parteien teilgenommen. Arbeitertruppen haben unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrtruppen in Weisel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß die schwerste Gefahr für das Ruhrgebiet und für das ganze Vaterland heraufbeschwören. Wir fordern alle besonnenen Arbeiter auf, jede Kampfhandlung einzustellen. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitertruppen müssen mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden.

Antike Kurze

Table with 2 columns: Description of items and their prices. Includes items like Kriegsanleihe, Allgem. El. Akt., Bab. Eisenb. Akt., Nordb. Lloyd Akt., etc.

Festimmungen

für die Textil- und Schuhnotstandsversorgung der minderbemittelten Bevölkerung.

1. Der Bezug von Textil- und Schuhnotstandsware, sog. Kommunalware ist abhängig von dem Besitz eines „Berechtigungscheins“ der von den örtlichen Bezugsstellen (Schultheißenämter) unter Benützung der Vorbrude des Kommunalverbandes erteilt wird.

Die Berechtigungscheine müssen vorschriftsmäßig ausgestellt, mit der Unterschrift des zuständigen Beamten, sowie mit dem Dienststempel versehen sein.

2. Anspruch auf Textil- und Schuhnotstandsware haben die Minderbemittelten.

Als minderbemittelt im Rahmen der Einkommensgrenzen werden angesehen:

- a) alleinstehende Personen mit weniger als 3000 M. Einkommen.
- b) Haushalte bis zu 4 Personen mit weniger als 5000 M. Gesamteinkommen.
- c) Haushalte mit mehr als 4 Personen und weniger als 7000 M. Gesamteinkommen.

Für die Abgrenzung des Kreises der Minderbemittelten können jedoch die Einkommensgrenzen allein nicht maßgebend sein, es müssen vielmehr gewisse Umstände wie Familienstand, Kinderzahl, Art des Vermögensbesitzes (Grundbesitz oder Kapitalvermögen) oder Krankheit mit in die Waagschale gelegt werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß die in letzter Zeit vorgenommenen Gehalts- und Lohnerhöhungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage derselben bedeutet, sondern zur Ausgleichung der Teuerung gegeben sind und daß deshalb die starre Festhaltung der Einkommensgrenzen für sie eine Härte bedeuten würde.

Eine eingehende gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse der Minderbemittelten muß den Ortsvorstehern bei der Knappheit der Waren zur besonderen Pflicht gemacht und weiterhin verlangt werden, daß zur Feststellung der Bezugsberechtigungen eine Kommission heranzuziehen ist, die in der Regel die Lebensmittell Kommission sein kann.

Es wird empfohlen die als minderbemittelt anzusehenden Personen in einem Verzeichnis zusammenzustellen und die erteilten Berechtigungscheine fortlaufend darin zu vermerken.

3. Für jeden Geschäftsteller, sowie für jede Waren-Verteilung ist ein besonderer Einzelberechtigungschein auszustellen. Dauer- oder Sammelberechtigungscheine, die nicht vorschriftsmäßig sind, oder die von auswärtigen Kommunalverbänden herrühren, dürfen Notstandswaren nicht abgegeben werden.

4. Der Verkauf der Notstandsware ist dem einschlägigen Kleinhandel zu übertragen. Gemeinden, in denen der einschlägige Kleinhandel nicht vertreten ist, können eigene Verkaufsstellen einrichten.

5. Die Kleinhändler und Gemeindeverkaufsstellen, bei denen die Berechtigungscheine zur Einlösung gelangen, haben dieselben dadurch zu entwerfen, daß sie die Scheine mit ihrem Stempel, bezw. mit dem Stempel ihrer Firma versehen.

6. Zum Zweck der Kontrolle der vorschriftsmäßigen Durchführung der Notstandsversorgung haben die Kleinhändler am Schlusse jeden Monats sämtliche von ihnen eingelösten Berechtigungscheine an die Gemeinde des Ausstellungsorts zurückzuliefern.

Die Gemeinden sind verpflichtet, die zurückgelieferten Berechtigungscheine zu sammeln und ebenfalls monatlich an die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes einzusenden.

Den 26. März 1920. Oberamtmann: Bullinger.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betr. die Abhaltung von Unterrichtskursen im Fußbeschlagn

vom 11. März 1920 (Staatsanzeiger Nr. 65) wird aufmerksam gemacht. Anmeldungen zur Aufnahme in die Kurse sind bis 10. April ds. Js. bei dem Oberamt, in dessen Bezirk sich die betreffende Lehrwerkstätte befindet, vorschriftsmäßig einzureichen.

Neuenbürg, 25. März 1920. Oberamt: Bullinger.

Auf die Bekanntmachung des Arbeitsministeriums über die

Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich

vom 14. März 1920, Staatsanz. Nr. 63, wird hingewiesen. Den 25. März 1920. Oberamt Neuenbürg.

In Fretolsheim, Bez. Amt Rastatt, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Neuenbürg, den 25. März 1920. Oberamt. Conweiler.

Stangen-Verkauf.

Aus Gemeindewald Dennacherweg und Haulsmad kommen am

Mittwoch, den 31. März, abends 7 Uhr, auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

- 64 Stüd Baustangen 1. und 2. Klasse,
- 89 „ Gerüststangen,
- 119 „ Ausschubstangen,
- eine Partie Hag-, Hopfen- und Reiskstangen.

Den 26. März 1920. Gemeinderat.

Aufruf

zum Eintritt in die freiw. Feuerwehr.

Feuerwehrpflichtige Einwohner, welche bei der hiesigen freiw. Feuerwehr noch nicht eingeteilt sind, werden aufgefordert, sich bis spätestens 1. April ds. Js. hier (Zimmer 2) zu melden. Wer sich nicht meldet, hat eine Feuerwehrabgabe in Höhe von bis zu 20 M. zu entrichten. Die Feuerwehrpflicht dauert vom 18. bis 50. Lebensjahr.

Stadtschultheißenamt: Knodel.

Städt. Frauenarbeitschule Neuenbürg.

Der neue Kurs

beginnt am Montag, den 19. April, 8 Uhr vorm. Anmeldungen, auch der schon Vorgemerkten, wollen bis spätestens 1. April bei Frau Klara Schnepf abgegeben werden.

Schulvorstand: Bollmer.

Gemeinde Schwann.

Stammholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde hat aus dem Gemeindewald zu verkaufen:

Nadelstammholz:

29 Fichten, 244 Tannen und Fichten, 1 Lärche; Nadel-Langholz: 28,59 1. Kl., 68,73 2. Kl., 93,73 3. Kl., 34,77 4. Kl., 8,07 5. Kl., 0,33 6. Kl.; Nadel-Sägholz: 7,25 1. Kl., 18,38 2. Kl., 4,53 3. Kl.;

Laubstammholz:

6 eichene Abschnitte, 4 Buchen; eich: 2,24 1. Kl., 1,21 2. Kl., 0,47 3. Kl.; buch.: 1,47 2. Kl., 1,23 3. Kl.

Die bedingungslosen, in ganzen Prozenten der Tafelreife von 1920 ausgedrückten Angebote sind spätestens bis 31. März 1920, abends 7 Uhr, beim Schultheißenamt abzugeben.

Gemeinde Engelsbrand.

Stammholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 6. April 1920 kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

Langholz: 914 Stüd mit 35,76 Fm. 1. Kl., 185,47 Fm. 2. Kl., 313,05 Fm. 3. Kl., 152,94 Fm. 4. Kl., 75,86 Fm. 5. Kl. und 9,82 Fm. 6. Kl. Sägholz: 13,94 Fm. 1. Kl., 13,84 Fm. 2. Kl. und 5,91 3. Kl.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, auf die einzelnen Lose in ganzen Prozenten ausgedrückten Angebote wollen bis nachmittags 2 Uhr mit der Aufschrift „Nadelholz-Stammholz“ auf dem Rathaus eingereicht werden.

Auszüge auf Bestellung durch Forstwart Zeller, Salmbach. Den 25. März 1920. Schultheißenamt.

Mittburg.

Stammholz-Verkauf.



Im Submissionsweg werden verkauft: Fichten: Langholz: 9,75 Fm. 2. Kl., 75,28 Fm. 3. Kl., 78,97 Fm. 4. Kl., 11,02 Fm. 5. Kl.; Sägholz: 3,42 Fm. 2. Kl., 1,04 Fm. 3. Kl.; Tannen: Langholz: 16,54 Fm. 1. Kl., 42,98 Fm. 2. Kl., 64,12 Fm. 3. Kl., 34,73 Fm. 4. Kl., 23,35 Fm. 5. Kl.; Sägholz: 3,06 Fm. 2. Kl., 2,30 Fm. 3. Kl.

Offerten wollen nach der heutigen Forsttage für Dirsau, in ganzen Prozenten ausgedrückt, bis spätestens Samstag, den 3. April 1920, nachmittags 2 Uhr, beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Den 26. März 1920. Gemeinderat.

Neuenbürg.

Fleißiges, ehrliches Küchenmädchen

bei gutem Lohn für sofort oder 1. April gesucht.

Walderziehungsheim Falkenburg.

Waldbrenna ch.

Einem Wirtschaftsherd, einen Ofen,

und einen Backofen zu verkaufen

Dtto Bed.

Arbeitsholen

prima Qualität, sind wieder eingetroffen bei

Felix Kall.

Schwann.

Eine rehsfarbige

Ziege



mit zwei Jungen, sowie einige Zentner schöne zarte

Winterrettige

hat zu verkaufen Emil Guntner, Gärtner.

Bekanntmachung

betr. die Hundeabgabe.

Die Hundebesitzer werden auf ihre Pflicht zur An- und Abmeldung auf die Zeit

vom 1. bis 15. April

aufmerksam gemacht.

Auf den 1. April haben diejenigen Steuerpflichtigen Anzeige zu machen, welche am 1. April einen Hund von steuerpflichtigem Alter halten, ohne schon im Vorjahre einen Hund angezeigt und versteuert zu haben, sowie diejenigen, welche am 1. April mehr steuerpflichtige Hunde halten, als im Vorjahre angezeigt und versteuert haben. Diese Anzeige ist spätestens bis 15. April bei der Gemeindebehörde zu machen.

Wer am 1. April einen in dem Vorjahre versteuerten Hund nicht mehr hält und auch keinen anderen Hund an Stelle desselben besitzt, hat hievon bis spätestens 15. April Anzeige zu machen. Die Unterlassung dieser hat zur Folge, daß der Steuerpflichtige die Abgabe für das neue Steuerjahr fortzuentrichten hat.

Wer nach dem 1. April einen über 3 Monate alten Hund zu halten beginnt, hat, sofern nicht der letztere an die Stelle eines andern von demselben bisher versteuerten Hundes tritt, binnen 2 Wochen Anzeige hievon zu machen und vom nächsten Vierteljahre an für den Rest des Steuerjahres die Abgabe zu entrichten, ohne Rücksicht darauf, ob der Hund schon von dem, der ihn früher hielt, auf dieselbe Zeit versteuert worden ist. Sobald ein Hund, der bisher unangezeigt geblieben ist, weil derselbe das abgabepflichtige Alter von 3 Monaten noch nicht erreicht hatte, in dieses Alter eintritt, ist in gleicher Weise binnen 3 Wochen Anzeige hievon zu machen und vom nächsten Vierteljahre an die Abgabe für den Rest des Steuerjahres zu entrichten. Nur in dem Falle, wenn jemand im Laufe des Steuerjahres (nach dem 1. April) einen steuerpflichtigen Hund zu halten beginnt, diesen aber am 1. des nächsten Vierteljahres nicht mehr besitzt, tritt eine Steuerpflicht nicht ein.

Steuerpflichtig ist derjenige, welcher den Hund hält, gleichgiltig, ob er zugleich Eigentümer, oder ob er Mieter, Entleiher, Verwahrer des Hundes ist, es genügt, daß er in eigenem Interesse durch Gewährung von Obdach und Unterhaltung die Sorge für den Hund übernommen hat.

Wer die Anzeige eines zu versteuernden Hundes innerhalb der vorgeschriebenen Zeit unterläßt, wird mit dem dreifachen Betrag der gefährdeten Abgabe bestraft.

Wildbad, den 18. März 1920. Stadtschultheißenamt: Baehner.

Zwangs-Versteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Ansehung der auf Markung Calmbach belegenen, im Grundbuch von da, Blatt 671, Abteilung 1 Nr. 1-3, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der acht Kinder der verst. Christine Philippine, geb. Vott, Ehefrau des Hainers Matthäus Weil in Calmbach,

1. Philippine, Ehefrau des Johann Vott, Fäßlers in Galzigen,
2. Jakob Weil in Amerika,
3. Johann Weil in Bach im Oberelsaß,
4. Marie Weil in Calmbach,
5. Christof Weil, Holzbauer in Calmbach,
6. Luise Weil in Amerika,
7. Elisabeth Friederike Weil in Amerika,
8. Wilhelm Weil in Calmbach,

zu je 1/8, eingetragenen Grundstücke:

gemeindedetailliert geschätzt am 11. März 1920 zu Parz. 493: 5 a 65 qm Acker im Staigader 300 M. Parz. 822: 9 a 47 qm Acker und Grasrain auf Hengstberg, ob der Hübenerstraße 3000 M. Parz. 235: 6 a 89 qm Wiese in Milenswiesen 600 M.

besteht, sollen diese Grundstücke am Montag, den 31. Mai 1920, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Rathause in Calmbach versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Februar 1920 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Wildbad, den 24. März 1920. Kommissär: Bezirksnotar Drehm.

Geldscheine der Stadt Stuttgart.

Letzter Einlösungstag: 30. April 1920 für die Geldscheine zu 50 M., 20 M. und 5 M.; ferner für die 50 Pfa.-Scheine von grünlicher Farbe mit dem Ausdruck „nur gültig bis 30. Juli 1919“.

Gültig bleiben nur noch die 50 Pfa.-Scheine mit dem Rathausbild in blau-gelber Farbe bis 31. Juli 1921.

Stuttgart, 11. März 1920. Stadtschultheißenamt. Lautenschlager.





Die Kamerader des **Kriegervereins II.** beteiligen sich beim Leichenbegängnis ihres lieben Kameraden **Gotthilf Erat.**

Sammlung: Sonntag 2 Uhr im Lokal.
Der Vorstand.

Neuenbürg.

Bettbarchent

einfarbig rot in schmal u. breit, empfiehlt sehr preiswert

Felix Kall,
Telephon Nr. 49.

Neuenbürg.

Einen guterhaltenen, gebrauchten

Schulranzen

sucht zu kaufen, ev. gegen Sonstiges zu tauschen. Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Neuenbürg.

2 Paar guterhaltene

Bohrstiefel

Nr. 41 und 43 hat zu verkaufen.

Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Neuenbürg.

Dabe noch gesunde

Zucker-Angerlen

abzugeben

Robert Silberstein.

Kind

1 1/2 Jahre alt, wird in nur liebevolle, gute Pflege gegeben, am liebsten, wo Mutter auch wohnen kann, in der Nähe Pforzheims.

Off. erb. unt. No. 57 an die Enztälergeschäftsstelle.

Gesucht

Büglarin

fleißig und ehelich. Sofortiger Eintritt erwünscht.

Sanatorium Schömburg, G. m. b. H.

in Schömburg bei Wildbad.

Ein ordentlicher Junge wird als

Stahlgraveur-Lehrling

angenommen.

Kunstgewerbliche Gravieranstalt

Albert Hüttelmaier, Pforzheim, Kallhardtstr. 18.

Goldschmiedslehrlinge,

Polissen- Lehrmädchen

gesucht

Goldwarenfabrik Waldrennach.

Mädchen,

welches etwas lochen kann, für H. Haushalt (3 Pers.) per sofort gesucht. Gute Behandlung, hoher Lohn.

Alex. Fromholz, Wiesbaden, Bärenstraße 7.

Beamten-Schule

Oberndorf a. N. Verwaltungs-, Verkehrs- u. Handelsklasse, auch Mädchen.

Todes-Anzeige.

Bei dem in meiner Fabrik ausgebrochenen Brande fand zu meinem großen Leid mein Zuriichter

Herr Gotthilf Erat von Neuenbürg den Tod.

Seit 26 Jahren war der Verstorbene bei mir beschäftigt und hatte als Zuriichter und Lagerverwalter eine Vertrauensstellung, der er alle Zeit mit größtem Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit vorstand.

Ich werde dem Verstorbenen das beste Andenken bewahren.

Oskar Schenck, Pforzheim, Zelluloidwarenfabrik.

Stadt Harten.

Helene Bohlinger

Gottlob Weiß

Verlobte

Schwann, März 1920.

Liesel Romoser

Wilhelm Ecker

Verlobte

Herrnalsb., im März 1920.

Schlafzimmer

Wohnzimmer

Möbel
einzelne, sowie kompl. Einrichtungen
H. Philipp, Pforzheim
— m. b. H. —
Dillsteinerstr. 6.
Gegen bar u. bequeme Teilzahlung

Küche

Speisezimmer

Höfen a. G.

Wegen Aufgabe des Schuhhandels

fehle einen Rest eleganter

Herren- und Damenboxkalf-Schnürstiefel

preiswert dem Verkauf aus.

Großmann, Schuhmacher.

Sämtliche Baumaterialien

wie Dachpappen, Gloslets, Glasziegel, verz. Dachfenster, Kamintürchen, Dachschindeln, Schamottesteine, Nägel, Decksplatt, weiß glasierte Wandplatten, Bauplatten u. a. m. kann ich sofort ab Lager liefern.

Birkenfelder Baumaterialienhandlung,

Birkenfeld, Fernsprecher Nr. 16.

Calmbach.

2 trachtige

Häsinnen

fehlt dem Verkauf aus

Chr. Köker, Schömburgerstr.

Dennach.

Zugelaufen

eine gelbe Schnauzerhündin.

Der rechtmäßige Eigentümer kann sie gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abholen.

H. Häfelc.

Wir empfehlen weitere Eingänge in:

Damen- und Herren-Kleiderstoffe,

Kommunikanten- und Konfirmanden-Anzüge,

Unterröcke, auch für Kinder, in weiß u. schwarz,

Damenhemden, Nachthemden, Damenwäsche

weiß und farbig,

Badetücher, Frottiertücher,

Gestricke und seidene Selbstbinder u. Cravatten,

Große Auswahl.

Phil. Bosh Nachf., Wildbad.

Fernruf 32.

Mieter-Verein Wildbad.

Dienstag, 30. März, abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

in der „Eisenbahn“.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Nur noch 3 Tage.

Die neue Tabaksteuer

tritt am 1. April in Kraft.

Orient. Zigaretten ohne Mundstück

zu 15 & 25 & 30 & 35 & 40 & 45 & pro Stk.

Qualitäts-Cigarren

zu 85 & 1.10, 1.20, 1.50, 1.90, 2.—

3.35 pro Stk.

Zigarillos zu 30, 48, 52 & pro Stk.

Reine Tabake, Grob- u. Mittelschnitt

zu 4 & 50, 5.20, 7.—, 7.50 pr. Paket a 100 gr

Jedermann decke noch seinen Bedarf vor der neuen Tabaksteuererhöhung.

Chr. Schmid & Sohn,

Tabakwarengroßhandlung Wildbad

König Karlstr. 68 —:— Fernruf 85.

Suche auf 1. April ein **Mädchen**

gef. Alters, welches selbständ. d. besseren Küche und Haushalt vorziehen kann. Lohn nach Uebereinkunft. Vorzugst. bis vorm. 11 Uhr, nachm. von 2—6 Uhr.

Geheimrat Schäfer, Stephaniensstr. 94 III., Karlsruhe.

Herr Erik-Hemden

Std. 34 N., Unterhofen St. 29 N., Soden, Paar 15 Karl, Frauenstrümpfe, Paar 12 N., Knaben-Str. Hemden Std. 25 u. 29 N., Porto extra p. Nachn. kein Erlösz. **M. Großmann, München 55** Baaderstr. 1.

Suche für mein 1 1/2 Jahre altes Kind nur gute

Pflegestelle

bei liebevoll. Behandlung, auch auf dem Lande. Pünktliche Bezahlung.

Erbitte Off. unt. No. 100 in die Enztälergeschäftsstelle.

Gottesdienste

in Neuenbürg

Palmsonntag, den 28. März 1920

1/10 Uhr Beichte.

10 Uhr Predigt (Leidensgeschichte 1. Lied Nr. 198):

Defau Dr. Wegertlin.

Anschließend 5. Abendmahl.

1/8 Uhr Bibelstunde in Waldrennach: Stadtvikar Konnenmacher.

5 Uhr Predigt: Stadtvikar Konnenmacher.

Gründonnerstag, 1. April 1920.

10 Uhr Predigt: Stadtvikar Konnenmacher.

Anschließend Beichte.

Karfreitag, 2. April 1920, 1/10 u. Beichte.

10 Uhr Predigt (Leidensgeschichte 4. Lied 187):

Defau Dr. Wegertlin.

11. Abendmahl. 5 Uhr Predigt: Stadtvikar Konnenmacher.

Anschließend Beichte.

Das Opfer des Karfreitags ist für die evang.-kirchliche Hilfskasse bestimmt.

Katholisch. Gottesdienste

in Neuenbürg

Samstag, den 27. März 1920,

6 Uhr abends **Beichtgelegenheit.**

Sonntag, den 28. März 1920,

8 Uhr morgens **Beichtgelegenheit.**

Die hl. Kommunion wird ausgeteilt um 8 Uhr u. 1/9 Uhr.

9 Uhr Palmweiche und Amt.

1/2 Uhr nachm. Christenlehre, hernach Fastenandacht.

An den Wochentagen ist der Gottesdienst um 7 Uhr früh, auch an Gründonnerstag.

Karfreitag: 9 Uhr liturgischer Gottesdienst, hernach Schmerzhafter Rosenkranz.

2 Uhr nachm. Predigt u. Andacht.

6 Uhr abends **Reite.**

Karlsamstag: 7 Uhr hl. Beichte.

8 Uhr hl. Messe.

8 Uhr Auferstehungsfeier, hernach Beichtgelegenheit.

Empfehle:

Schwarzen Chrep-de-chin,

schwarz wollen Kleiderstoff,

Baumwoll- und Wollspanell, Blusenstoff,

weiße und farbige Blusen,

wolle und baumwolle,

Halbtuch für Hosen,

Strümpfe und Socken, weiße Kragen,

Selbstbinder und Cravatten.

Fritz Wurster, Calmbach.

Wildbad.

Am Montag, den 29. März 1920, vorm. 10 Uhr,

kommen auf dem Rathaus von Abt. 4 Schillereiche

14 St. bestellte eichene Baustangen 1. Kl.

zum Verkauf.

Stadtpflege Wildbad:

Brachhold.

Geschlechts-Kranke!

Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!

Bohrdrüsenleiden, frischer und veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Zeit. Syphilis, ohne Verulsdrüsen, ohne Einspritzung und andere Mittel, Mannschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes der 3 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlr. argill. Gutachten und Hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mark in Marken für Porto u. Spesen in verschloß. Kuvert ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. **Dammann, Berlin 759, Potsdamerstraße 125 B.** Sprechzeit: 9—11 Uhr, 2—4 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens ersuchen, damit die richtige Broschüre gefunden werden kann.

